Katholische Volkszeitung

Organ der Oberschl. Volkspartei für die Kreise Rybnik, Pleß, Ratibor u. Kattowitz.

Geschäftsstelle in Rybnik: Lohna 10. — Fernsprecher Amt Rybnik Nr. 128.

Diese Zeitung erscheint täglich. Der Bezugspreis beträgt bei den Postanstalten, Agenturen und dem Austrägerpersonal monatlich **Mk. 5.00** zweimonatlich **Mk. 10.00**, vierteljährlich **Mk. 15.00**.

Verantwortlicher Redakteur **Arthur Crunkhardt** in **Rybnik**.
Verlag der „Oberschlesischen Post", G. m. b. H., Gleiwitz, Niederwallstraße 6.

Anzeigen kosten 1.50 für die 7mal gespaltene Kleinzeile oder deren Raum; im Reklameteil am Schlusse des redaktionellen Teiles 3.60 Mk. Bei Wiederholungen entspr. Rabatt. Beilagengebühr nach Uebereinkunft.

Nr. 215. **Sonntag, den 18 September 1921** **2. Jahrg.**

Deutschlands Zölle unter Kontrolle.

Loucheur über die Zahlungsfähigkeit Deutschlands. — Frankreich handelt gegebenenfalls allein.

Paris, 16. Sept. In der Sitzung der Finanzkommission der Kammer gab Loucheur, wie der „Matin" mitteilt, einen Ueberblick über die Wiesbadener Verhandlungen und beantwortete noch verschiedene Fragen von Mitgliedern der Kommission. Er beschäftigte sich besonders mit dem Fall, daß Deutschland zahlungsunfähig werden sollte. Sollte diese Möglichkeit eintreten, dann werde Frankreich die Zollkontrolle auf die deutsche Ein- und Ausfuhr übernehmen. Loucheur teilte noch mit, daß das Wiesbadener Abkommen in den Vereinigten Staaten und Belgien bereits günstige Aufnahme gefunden hat. England, das sich bisher dieser Politik grundsätzlich feindlich gezeigt habe, scheine heute, da es, besser informiert, auch seinerseits die Zahlungsunfähigkeit Deutschlands fürchte, geneigt zu sein, mit Frankreich die Garantiepolitik durchzuführen. Jedenfalls sei das Wiesbadener Abkommen wichtig. Nun scheine es den Interessen Frankreichs günstig zu sein. Die Regierung werde vom Parlament die Ratifikation des Abkommens verlangen. Frankreich müsse handeln, entweder mit den Alliierten oder allein.

Die Beratungen des Völkerbundes.

Genf, 16. Sept. Der Völkerbund setzte gestern die allgemeine Erörterung über die Tätigkeit des Rates fort. Der norwegische Delegierte Lange ist der Ansicht, daß nur offene und schärfste Kritik dem Völkerbund nützen könne. Die öffentliche Meinung sei enttäuscht, weil man keine besseren Resultate in der Abrüstungsfrage erzielt habe. Balfour wies darauf hin, daß Deutschland schon einen beträchtlichen Teil der Entwaffnung durchgeführt habe, und daß Rußland, welches vor einem Jahr noch gefürchtet wurde, sich in den größten Wirren befinde, und daß endlich Amerika sich mit der Flotten-Abrüstung beschäftige. Es bleibt für den Völkerbund noch die ausreichende Aufgabe, die Entwaffnung zu Lande vorzunehmen. Die öffentliche Meinung erwartet mit Ungeduld diesbezügliche Entscheidungen des Völkerbundes. Von Fraeuelis (Griechenland) meint bezüglich der Entwaffnung, daß man vor allem eine moralische Entwaffnung erzielen müsse. Solange aber die Klauseln des Vertrages sich nur auf dem Papier befänden, würde dieser auch machtlos bleiben. Auf Vorschlag von 13 Staaten beschließt der Völkerbund auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung folgenden Punkt zu stellen: Die Erlernung des Esperanto in den Völkerschulen, und beauftragt das Generalsekretariat, einen Bericht über diese Frage zu erstatten. Der Präsident meldet, daß Doherty einen Antrag eingebracht habe, der der initiativen Kommission des Völkerbundes überwiesen werden soll, wonach der Rat des Völkerbundes die Aufmerksamkeit des Obersten Rates auf die Notwendigkeit lenken soll, das Statut für Ostgalizien in den allernächsten Tagen festzusetzen.

Genf, 16. Sept. Die 6er Kommission des Völkerbundes hat beschlossen, Estland und Lettland angesichts der Uneinigkeit über Wilna (?) in dem Völkerbund aufzunehmen. Das Ausnahmegesuch von Litauen ist verlesen worden. Die Kommission beschäftigte sich alsdann mit der ungarischen Frage und nahm Kenntnis von einem Brief des Grafen Apponyi, worin dieser bittet, vor seiner Ankunft am 21. September keine Entschlüsse zu fassen. In diesem Brief erklärte Apponyi, daß der Konflikt mit Oesterreich beim nächsten Aufenthalt beigelegt werden würde, da Ungarn bereit ist, die westungarischen Bezirke zu räumen.

Der internationale Gerichtshof endgültig gebildet.

Genf, 16. Sept. Die Völkerbundsversammlung trat heute vormittag zu der 14. Sitzung zusammen. Als erster Redner gab Orsuky (Tschechoslowakei) in englischer Sprache davon Kenntnis, daß die Tschechoslowakei eine Denkschrift über die Verwaltung der ruthenischen Gebiete an sie habe gelangen lassen und legte in längeren Ausführungen dar, daß die tschechoslowakische Verwaltung streng besorgt sei, alle den Minderheiten gewährten Garantien zu achten, ja sogar noch darüber hinausgeht. (?) Der polnische Delegierte Askenazy erklärte, daß Polen dem Hilfswerk für Rußland jede Unterstützung geben werde, da Polen mit allen Staaten im Frieden leben wolle. Dann wird der 4. Ersatzrichter Beichmann (Norwegen) auf Vorschlag der Verständigungskommission mit 36 Stimmen gewählt. Der Präsident teilt mit, daß auch der Völkerbundsrat ebenfalls Beichmann einstimmig gewählt hat. Damit ist der norwegische Delegierte endgültig zum Ersatzrichter bestimmt. Präsident Karnebeek stellt mit Genugtuung fest, daß nunmehr mit der Wahl von 11 Richtern und 4 Ersatzrichtern ein internationaler Akt von großer politischer und moralischer Bedeutung vollzogen sei. Eine neue Epoche erhofft so der Präsident dadurch, daß der internationale Gerichtshof durch weise und unparteiische Urteile dazu beitragen werde, die internationalen Beziehungen auf der Grundlage des Rechts und der Gerechtigkeit zu regeln. Die Versammlung stimmte lebhaft zu und nahm einen Vorschlag Restero (Kolumbien) an, wonach der Präsident an die Regierungsoberhäupter aller Staaten der Welt Telegramme mit der Nachricht von der erfolgten Errichtung des internationalen Gerichtshofes gelangen lassen soll. Hierauf wird die Versammlung vertagt, um den Kommissionen Zeit zu geben, ihre Berichte fertigzustellen, damit sie sie der Versammlung unterbreiten können.

Der Eindruck der Antwort Lloyd Georges an de Valera.

London, 16. Sept. Die unerwartete ernste Krise in den Verhandlungen zwischen der britischen Regierung und den Sinnfeinern bildet das Hauptthema der Presse. „Daily Chronicle" zufolge hatte man nach Veröffentlichung der Antwort de Valeras gleich den Eindruck, daß eine Lage von möglicherweise tragischem Ernste geschaffen sei. Die eigentlichen Drahtzieher hinter den Sinnfeinern seien die unversöhnlichen Iren in Amerika. Es bestehe kein Zweifel, daß die überwältigende Mehrheit in Südirland für die Annahme des Angebots der britischen Regierung sei.

„Daily Expreß" schreibt: Sinnfein befindet sich in den Händen der Extremisten. In Irland ist jedoch noch eine andere Strömung vorhanden. Lloyd George wolle dieser Strömung noch einige Tage Zeit geben, sich geltend zu machen, bevor die Aussicht auf einen Frieden endgültig verschwinde. Einer Meldung des Blattes aus Dublin zufolge lief das Schreiben Lloyd George an de Valera dort Bestürzung hervor. Man glaubt jedoch, daß der Weg zum Frieden noch nicht versperrt sei und eine neue Zusammenkunft des republikanischen Kabinetts und des Sinnfeinerparlaments sofort einberufen werden würde, um sich mit der neuen Lage zu befassen. Die „Times" bezeichnet die Lage als äußerst ernst u. schreibt: Es bestehe kein Grund, daran zu zweifeln, daß die britische Regierung bis zur äußersten Grenze dessen gegangen sei, was das Land billigen könne. Die „Times" hofft, daß in Irland die Vernunft doch die Oberhand behalten wird.

Wir vermerken, daß es sich um englische Blätterstimmen handelt.

Ein Protest der polnischen Frauen des Kreises Kattowitz.

Kattowitz, 17. Sept. Die polnischen Frauenvereine sämtlicher Ortschaften des Kreises Kattowitz übersandten dem Völkerbundsrat den nachstehenden Protest:

„Die deutschen Frauenorganisationen sandten wahrscheinlich auf Anregung der deutschen Regierungsfaktoren an den Völkerbundsrat ein Telegramm, in welchem sie fälschlicher Weise mitteilen, daß alle Frauen, die in Oberschlesien geboren sind oder seit langem hier wohnen, gegenwärtig den Anschluß an Deutschland verlangten. Das ist grobe Unwahrheit.

Im Namen von 15 000 Mitgliedern der polnischen Frauenvereine aus sämtlichen Gemeinden des Kreises Kattowitz verlangen wir eine gerechte Entscheidung und erklären, daß wir zu Deutschland nicht gehören wollen.

Wir protestieren entschieden gegen die Fälschung unseres Willens und gegen alle politischen Intrigen von deutscher Seite. Wir erklären vor der ganzen Welt, daß wir zu Polen gehören wollen, nach welchem wir uns seit Jahrhunderten sehnen."

Die Engländer informieren sich über die Stimmung in OS.

Kattowitz, 17. Sept. In Oberschlesien sind 14 englische Journalisten eingetroffen, die die oberschlesischen Städte bereisen sollen. Die Absicht, auch die Dörfer aufzusuchen, besteht nicht. — Man kann sich denken, wie die Berichte wieder aussehen werden. Und Oberschlesien soll das Opfer derartiger Informationen werden.

Stimmungsumschwung.

Auf höhere Weisung ist der Ton der deutschen Blätter in Oberschlesien zur Zeit eingestellt auf die Behauptung, daß in Oberschlesien ein „gewaltiger Stimmungsumschwung" zugunsten Deutschlands eingetreten sei. Das ist das Steckenpferd, auf dem die Deutschen augenblicklich reiten. Ob der Gedanke klug ist, dürfte mehr als zweifelhaft erscheinen, denn wenn die Deutschen soviel Aufhebens von einem angeblichen Stimmungsumschwung machen, so kommen sie bei Unbefangenen ohne weiteres in den Verdacht, daß sie an den ersten angeblichen Sieg der Deutschen nicht glauben. Auf polnischer Seite hat man es nicht nötig, von einem Stimmungsumschwung zu sprechen, trotzdem man es — in Anbetracht des geradezu glänzenden Ergebnisses der Betriebsratswahlen — mit weit größerer Berechtigung tun könnte. Aber man stützt sich auf polnischer Seite auf die Abstimmung vom 20. März, die in dem von der Korfantylinie begrenzten Gebiet eine gewaltige Gemeindemehrheit für Polen ergeben hat. Ebenso stehen in dem gleichen Gebiet den 410 000 Stimmen der polnischen Einwohner nur 330 000 Stimmen der deutschen Einwohner gegenüber. Die Stimmen der Emigranten dürfen, wenn man gerecht urteilen will, nicht berücksichtigt werden, zumal der Friedensvertrag ausdrücklich davon spricht, daß der Wille der Einwohner berücksichtigt werden soll. Aber selbst wenn man die Stimmen der Emigranten mit in Erwägung zieht, ergibt sich immer noch eine polnische Mehrheit von über 20 000 Stimmen.

Man fühlt also auf deutscher Seite, daß die Ansprüche Deutschlands recht schwach sind und erfindet das Märchen von dem Stimmungsumschwung. Man setzt ferner alle möglichen erdichteten Nachrichten in die Welt, um die oberschlesische Bevölkerung einzuschüchtern. So wird mit großem Tamtam auf eine angebliche dreistündige Rede Lord Balfours hingewiesen, die so überzeugend gewesen sein soll, daß der brasilianische Vertreter mit fliegenden Fahnen zu den Engländern überging und nach der dreistündigen Rede Balfours selbst noch begeistert eine Stunde lang für den englisch-deutschen Standpunkt sprach. Der „Wanderer" hat einen „eigenen Bericht" aus Zürich (warum nicht aus Rotterdam?) erhalten, in dem in allerdümmster Weise davon gesprochen wird, daß beim Völkerbundsrat die Meinung vorherrscht, daß es sich bei der oberschlesischen Abstimmung nur um eine ungeteilte Zuteilung Oberschlesiens zu Deutschland oder zu Polen gehandelt habe. Gewiß wäre die ungeteilte Zuteilung berechtigt, wenn man, was einzig gerecht wäre, den ethnographischen Standpunkt berücksichtigen würde. Danach müßte das ganze Abstimmungsgebiet ohne jede Diskussion Polen zuerkannt werden. Wenn jedoch die durch die Emigranten gefälschte Abstimmung, über die die Geschichte später einmal ihr zutreffendes Urteil abgeben wird, berücksichtigt wird, dann muß Oberschlesien mindestens bis zur Korfantylinie Polen zuerkannt werden. Jede andere Lösung würde die schwersten Folgen nach sich ziehen.

Es ist eine große Lüge, wenn von einem Stimmungsumschwung zugunsten Deutschlands gesprochen wird. Das Gegenteil ist der Fall. Wir wiesen bereits auf das Ergebnis der Betriebsratswahlen hin, die in den letzten Wochen stattfanden und das beste Beugnis darüber ablegen, daß der Industriebezirk und die benachbarten Kreise polnisch sind. In den Bergwerken wählte man 762 polnische Betriebsräte und nur 168 deutsche, das heißt: 83 Prozent der Bergleute sind polnisch! Ebenso ungünstig ist für die Deutschen das Ergebnis in den Fabriken, von denen die Deutschen stets behaupteten, daß die dortige Arbeiterschaft deutsch wäre. Es wurden hier 377 Polen und nur 157 Deutsche gewählt, d. h. 71 Prozent der Arbeiter wählte polnisch. Wenn man die Gesamtheit der Arbeiter in Betracht zieht, so wählten 78 Prozent der Arbeiter polnisch. Das ist doch ein Ergebnis, das für die deutschen Ansprüche auf den Industriebezirk vernichtend ist. Das Ergebnis der Betriebsrätewahlen muß berücksichtigt werden. Es ist zugunsten der Polen ausgefallen trotz der ungeheuerlichen Bestechungsarbeit, die auf deutscher Seite in den Wochen nach dem Aufstand getrieben wurde. Tausende wurden jedem Arbeiter gezahlt, der aus den polnischen Organisationen austrat und Mitglied einer deutschen Organisation wurde. Es ist richtig, daß mancher Arbeiter durch die ihm angebotenen Geldsummen in die deutsche Organisation hineingelockt wurde, aber das

Ergebnis der Betriebsrätewahlen zeigt, daß auch diese Arbeiter polnisch gewählt haben, weil sie genau wissen, wie es um die Bestechungsgelder der deutschen Organisationen bestellt ist. Die Betriebsrätewahlen sind ein Zeichen der augenblicklichen Stimmung, an dem der Völkerbundsrat nicht achtlos vorbeigehen darf. D[illegible] auch auf deutscher Seite den Betriebsrätewahlen das größte Gewicht beigelegt wird, beweist die Tatsache, daß sie einzelne Erfolge in größter Aufmachung urbi et orbi verkündet, nicht wissend, daß sie gerade hierdurch am besten beweiset, daß die Tatsache, daß 78 Prozent der Arbeiterschaft des Industriebezirkes polnisch sind, von außerordentlicher Wichtigkeit ist.

Der „Völkerbundsrat" will Sachverständige ernennen, die sich an Ort und Stelle erkundigen sollen, wie die Stimmung der Bevölkerung ist. Wir halten das für vollkommen überflüssig. Wenn aber eine Kommission kommt, dann möge sie nicht in die Villen der Grafen, Barone und Generaldirektoren gehen, sondern sich unter das Volk, unter die Arbeiterschaft begeben. Allerdings nur wenige können und verstehen das, und das Volk vermag sich nicht in der Weise vorzudrängen, wie die wenigen Herren Kapitalisten.

Im Volk ist ein Stimmungsumschwung eingetreten, aber zugunsten Polens! Die 500 Morde, die in letzter Zeit an unschuldigen polnischen Arbeitern begangen wurden, haben besonders in den Kreisen Groß-Strehlitz und Rosenberg der Gesamtheit der Bevölkerung die Augen geöffnet. Der deutsche Terror sucht allerdings den Stimmungsumschwung zugunsten Deutschlands dadurch zu beweisen, daß er die Leute, die sich weigern, die deutschen Proteste zu unterzeichnen, einfach ermordet, wie dies laut amtlicher Feststellung bei dem polnischen Gemeindevorsteher Przewloka der Fall war. Aber die wirkliche Stimmung unter der Bevölkerung ist die, daß man heute in allen Gauen Oberschlesiens mehr denn je die Vereinigung mit Polen ersehnt und Legion ist die Zahl derer, die die Stunde verfluchen, in der deutsche Agition oder Bestechung ihnen den deutschen Wahlzettel in die Hand drückte.

Verschärfung der englisch-irischen Krise.

London, 16. Sept. (Reuter.) In seiner Antwort an Lloyd George sagte de Valera: In dieser letzten Note erachten wir es als unsere Pflicht zu wiederholen, daß unsere Stellung keine andere sein muß als die, die wir in unserem Briefwechsel dargelegt haben. Das Prinzip der Regierung mit Zustimmung der Regierten muß als Grundlage für die Uebereinkunft gelten, die bleibende Befriedigung bringen soll. Wir sind bereit, darüber zu beraten, in welcher Weise die Verbindung Irlands mit der Völker-Gemeinschaft, als die das britische Reich bekannt ist, in Uebereinstimmung gebracht werden kann. Unter der Regierung mit Zustimmung der Regierten verstehen wir dasselbe, was alle einfachen Leute der ganzen Welt darunter auch verstanden haben, was auch Lloyd George darunter verstand, als er am 5. Januar 1918 sagte, die Regelung aller europäischen Angelegenheiten muß gegründet sein auf Redlichkeit und Gerechtigkeit und alle Sicherheit bieten für eine bleibende befriedigende Lösung. Darum sind wir der Meinung, daß eine Regierung mit Zustimmung der Regierten die Grundlage sein soll für jede territoriale Regelung, welche aus einem Kriege hervorgeht. Diese Worte geben die richtige Antwort auf die Kritik unserer Stellung.

London, 16. Sept. In seiner Antwort an de Valera erklärt Lloyd George, daß er, da Sinnfein auf der Anerkennung der irischen Souveränität beharre, seinen Vorschlag, Besprechungen mit den irischen Vertretern in Inverneß abzuhalten, zurückziehe. Er wird das Kabinett nach den jetzt zu ergreifenden Maßnahmen befragen.

Die Tschechoslowakei und Ungarn.

Paris, 16. Sept. Im Namen der Tschecho-Slowakei hat Benesch eine Note an die Botschafterkonferenz gerichtet, Ungarn aufzufordern, den Vertrag von St. Germain auszuführen.

Todesstrafe für Valutaschieber.

Belgrad, 16. Sept. Gestern fand eine Besprechung der Regierung in der Angelegenheit der unreellen Börsenspekulation statt. Es wurde beschlossen, den freien Handel zu verbieten. Weiter wurde eine Vorlage für eine Ausnahmeverordnung mit Valuten der Valutaspekulation und gegen Valutaschmuggel ausgearbeitet, wonach Personen, welche mit dem Ausland Valutaschmuggel betreiben, mit dem Tode bestraft werden. Alle Banken, welche Valutageschäfte betreiben, werden gesperrt und Personen, welche sich im Auslande mit Valutaschmuggel beschäftigen, werden mit schwerer Kerkerstrafe bedroht.

Schiebungen im Berliner Wohnungsamt.

Berlin, 16. Sept. In der gestrigen Sitzung der Berliner Stadtverordneten-Versammlung wurden schwere Anklagen gegen die Berliner Wohnungsämter erhoben, denen nachgesagt wurde, daß sie gegen Hergabe von Geldern kapitalkräftigen Leuten Wohnungen verschaffen, während andere jahrelang vergeblich auf Zuweisung einer Wohnung warten mußten. Die Veranlassung zu dieser Debatte war ein Dringlichkeitsantrag der Deutschen Volkspartei, in welchem es heißt: Das Wohnungsamt weist Personen, die bestimmte größere Geldbeträge bezahlen, Wohnungen außer der Reihe nach. Der Antrag wurde einem Ausschuß überwiesen.

Aus Oberschlesien.

Gleiwitz und Umgegend.

— In der Woche vom 19. bis 25. Sept. werden ausgegeben: Auf Abschnitt 31 der Karte A gegen gleichzeitige Abgabe von 5 Semmelmarken 4 Pack Zwieback für insgesamt 4,40 Mark in den bekannten Bäckereien. Auf Abschnitte 32 der Karte A oder 106 der Karte B oder 71 der Karte D oder 197 der Karte F oder 125 der Karte E gegen gleichzeitige Abgabe 1/2 Brotkarte, 680 Gr. helles Weizenmehl für 2,75 Mk. in den Geschäften mit Krankenmehl.

— (Diebstahl.) In einer Konditorei auf der Wilhelmstr. wurde einem Kaufmann von der Tarnowitzerstr. am Montag eine Geldbörse mit Inhalt: einem Trauring, gez. E. M., sowie 600 Mark gestohlen.

— Ueberfall. In der Nacht zum Donnerstag drangen in die Wohnung des Architekten B. im Stadtteil Petersdorf 2 maskierte Männer, überfielen die Eheleute im Schlafzimmer, hielten sie mit geladenen Waffen in Schach, durchsuchten die ganze Wohnung und raubten 2000 Mark in Banknoten und 350 Mark in Silber, ferner verschiedene Wertsachen. Zum Schluß mußte B. schwören, daß er kein Geld mehr im Hause besitze. Die Täter sind entkommen.

Beuthen und Umgegend.

— Von der Stoßtruppätigkeit. Ein Teil der Oppelner Spitzelzentrale ist dieser Tage nach Beuthen verlegt worden. Leiter dieser Abteilung ist der in Oppeln als Hurrahpatriot und Vorkämpfer der alldeutschen Bewegung wohlbekannte Baltikum-Kriegsfreiwillige Karl Jajonc. Dieser jugendliche „Held" hat z. Zt. auch die deutsche Fahne auf dem Oppelner Rathausturme gehißt, für die verhafteten deutschen Stoßtruppler unter der Bevölkerung milde Gaben gesammelt und später eine führende Rolle bei der Enthüllung des Denkmales für die deutschen Kattowitzer Aufstandsopfer gespielt. Jajonc bereist die Städte Kattowitz, Königshütte und Gleiwitz und verkehrt in den Kreisen des Beuthener Selbstschutzes, der Stoßtruppler und ihrer Führer. So hat er am 15. d. Mts. an der Mittagsbesprechung der deutschen Organisatoren im Damensalon des „Kaffee Hindenburg" teilgenommen. Anwesend waren auch die Herren Janotta und Hauptmann Müller. Jajonc beherrscht die polnische Sprache, geht öfter verkleidet und sucht an polnische Leute heranzukommen. Es wird daher eindringlich vor ihm gewarnt!

September

18

Höchste Zeit zur Erneuerung des Abonnements und zur Werbung neuer Abonnenten.

Kattowitz und Umgegend.

— („Heimatstreue" Schieberseelen.) Interessante Enthüllungen über die Praktiken der „Heimatstreuen" bringt, wie der „Kurier" berichtet, die letzte Nummer der in Breslau erscheinenden „Freien Meinung". Das Blatt polemisiert gegen die „Kattowitzer Zeitung" deswegen, weil die „Kattowitzer Zeitung" bei der Neubesetzung des Direktionspostens am Stadttheater den in Oberschlesien nicht unbekannten! Schriftsteller! Max Rose in Vorschlag gebracht hatte. Die „Freie Meinung" schreibt u. a.:

„Schon im Frühjahr dieses Jahres hatte er (Rose) sich um den vakanten Posten des Kattowitzer Theaterdirektors beworben. Jetzt nun hielt er es an der Zeit, dieser Bewerbung gehörig nachzuhelfen. Wozu ist man denn „Auch-Journalist?" Rose kam also vor kurzem nach Kattowitz und setzte den ersten Hebel zu der großen Theaterdirektionsschiebung an, denn auf geradem Wege, so sagte er sich wohl mit Recht, war kaum etwas zu erreichen. Aber desto mehr sprachen die vorhandenen Umstände für eine glückliche Schiebung. Mit einem der Redakteure der „Kattowitzer Zeitung", dem gegenwärtigen „Lokalgeselligen", der in Rybnik einen gar traurigen Abgang gefunden hatte, war der Kuhhandel bald perfekt. In einem längeren Artikel der „Kattowitzer Zeitung" wurde nun der Kattowitzer Bevölkerung und vor allem den „Stadtvätern" auseinandergesetzt, wie unheimlich schwer es sein würde, einen Direktor zu finden, der das Risiko übernehmen würde, das Theater wieder demnächst zu eröffnen. Die Engagements guter Kräfte seien seit Monaten schon abgeschlossen, und bewährte Künstler unter den übriggebliebenen noch für Kattowitz ausfindig zu machen, würde geradezu ein Kunststück sein. Nur eine energische, begeisterungsfähige Kraft würde das fertig bringen. Und dann kam die glanzvolle Herausstellung des Herrn Rose. Aber die Hauptsache ist: Geld darf dabei keine Rolle spielen!"

Merkst du was, lieber Leser! Nun bei solchen kostspieligen Aussichten dürften auch die Kattowitzer Persönlichkeiten, die sich ebenfalls um den Posten beworben haben, aber nicht wie Herr Rose eine so große Kanone im Theaterfach zu sein glauben, sich getrauen, das Kattowitzer Theater wieder in Schwung zu bringen. Herr Paul Barnay aber, der jetzt sein Glück in Breslau versucht, wird gewiß seine helle Freude daran haben, wenn er sieht, mit welchen Mitteln um seine Nachfolgeschaft gespielt wird, umsomehr, wenn er hört, daß Herr Max Rose den ganzen großen Reklame-Artikel in der „Kattowitzer Zeitung" selbst geschrieben hat!"

Soweit der Artikel der „Freien Meinung". Wer ist nun der in Oberschlesien nicht „unbekannte Schriftsteller" Max Rose? — Rose war früher „Direktor" eines kleinen Schmierentheaters in Posen und nachher Korruptionslappenbezieher en gros in der Stellung eines Redakteurs am dreimal wöchentlich erscheinenden Rybniker Stadtblatt. Einzelne Nummern dieses Blattes sind von Herrn Rose derart zusammengestutzt, daß man eher von einem Schriftstehler, als von einem Schriftsteller sprechen kann. Dieser Herr wollte nun Theaterdirektor in Kattowitz werden! Auf dem heutigen Niveau der deutschen Geisteskultur in Oberschlesien würde Rose als Direktor eines Musentempels ja passen. Wie die „Freie Meinung" schreibt, hat dieser „Schriftsteller" Max Rose den Reklameartikel in der „Kattowitzer Zeitung" selbst geschrieben. In diesem Artikel prägte er den Satz, daß Geld bei der Anstellung des Herrn Rose keine Rolle spielen darf. Ja, das ist bei allen „Heimatstreuen" so! Das Geld darf keine Rolle spielen. Die ruhmreiche Tätigkeit des Herrn Rose in Rybnik kostet die deutsche Plebiszitpolitik nur eine monatliche Gefahrengage von 4000 Mark. Wie gesagt, Geld darf dabei keine Rolle spielen! Wenn aber die deutsche Plebiszitpolitik den Spieß einmal umdrehen würde und würde dies den Leuten vom Rose'schen Schlage sagen, dann würde es aber lange Gesichter geben. — Der „Kurier" verbindet mit der Wiedergabe der diesbezüglichen Aeußerungen der „Freien Meinung" eine zweite Angelegenheit, und zwar die Reklame der „Kattowitzer Zeitung" für die Emoulsionsmilch und schreibt:

„Es ist immerhin interessant, einen Blick hinter die Kulissen der Geschäftistricks bei der „K. Z." tun zu dürfen, wenn auch der Anblick sehr selten erfreut. Auf jeden Fall ist diese Theaterschiebung ein wirksames Gegenstück, zu der Reklame, die das Sivinnablatt bei Empfehlung der Emoulsionsmilch entfaltete. Nur daß in diesem Fall einige Schnäpse zu einem eigenen Reklameartikel inspirierten." —

Der Kattowitzer Lokal-Quatschonkel, der in Rybnik einen gar traurigen Abgang gefunden und der mit dem Rose'schen Kuhhandel ebenso einverstanden war, als wie mit der Reklame für die Emoulsionsmilch gegen einige Schnäpse, ist ein gewisser Adolf Leonhardt, einer derjenigen, der es in ganz hervorragender Weise versteht, den letzten Rest des Ansehens der „Kattowitzer Zeitung" durch seine Waschweibertyraden herunterzuwürgen. Besagter Leonhardt, der die Theaterangelegenheit und die Reklame für die Emoulsionsmilch besorgte, hat sich, was wir auf das bestimmteste versichern können, auch schon auf anderen Gebieten versucht. In Rybnik mußte er auch deswegen seinen Abgang nehmen, weil er öffentlich in der Presse als Butter- und Schmalzschieber gebrandmarkt wurde. Leonhardt steht auf dem Standpunkt, daß die ganze deutsche Politik ja nur Schiebung ist und beantwortet sich stets selbst die Frage, daß doch nichts dabei sei, wenn er selbst mitschöbe. Wir resümieren: Eine feine Gesellschaft, die Vertreter des deutschen Schrifttums in Oberschlesien!

Königshütte und Umgegend.

— Vergiftung. Am 15. d. Mts. früh wurde der 48 Jahre alte Musiker Biala in seiner Wohnung, Nikolaistr., an Gasvergiftung leblos aufgefunden. Die sofort von ärztlicher Seite aufgenommenen Wiederbelebungsversuche waren von Erfolg. Die Vergiftung ist auf einen Unglücksfall zurückzuführen, da die Gummileitung des Gaskochers defekt war, wodurch das Gas ungehindert entströmen konnte.

— Polizeibericht. Festgenommen wurde ein Mann wegen groben Unfugs.

Rybnik und Umgegend.

— Stadtverordnetensitzung. Gestern fand die durch Beschlußunfähigkeit notwendig gewordene Ersatzsitzung statt. Der Magistrat war vertreten durch die Herren Beigeordneter Kremser, Dr. Rozanski, Dr. Bialy. Der Zuhörerraum war überfüllt. Herr Stadtverordnetenvorsteher Hösl war nicht anwesend. Der größte Streitgegenstand war damit für die Sitzung verschwunden. Die Erledigung der Tagesordnung ging deshalb unter Vermeidung jeglicher schärferen Debatten glatt vonstatten. Eingeführt wurde Herr Domin. Der Neueingeführte ist Mitglied der deutschen Parteien. Zwecks Ergänzung des Büros wurden die Stadtverordneten Alois Prus (stellv. Vorsteher), Trunkhardt (1. Schriftführer), Vorreiter (2. Schriftführer) gewählt. Auf Grund eines Dringlichkeitsantrages wurde Herr Rechtsanwalt Dr. Rozanski einstimmig zum Bürgermeister der Stadt Rybnik gewählt. Von der Anstellung des Polizeikommissars Schwirtnia und des Magistratsboten Schneider wurde Kenntnis genommen. Auf die übrigen Punkte der Tagesordnung kommen wir in nächster Nummer zurück. Punkt „Geschäftliches" brachte ein anregendes Allerlei. U. a. beschäftigte man sich mit Herrn Hösl, dem erneut ein scharfes, unzweideutiges Mißtrauensvotum ausgesprochen wurde.

— (Aus den gewerbsmäßigen deutschen Lügenfabriken.) Unter der Ueberschrift: „Polnischer Festgottesdienst" berichtet der ober„heimatstreue" Pressebenjamin namens „Ostdeutscher Herold" folgendes:

„In Emmagrube, wo in letzter Zeit das polnische Element von Tag zu Tag an Anhängern verliert und offener Kampf zwischen den National- und deutschfreundlichen Polen besteht, veranstaltete Dr. Rozanski, ein bekannter Polenführer, um die Abnahme der nationalpolnischen Partei aufzuhalten, einen polnischen Festgottesdienst. Die Beteiligung an diesem war aber sehr gering." —

Wir können erklären, daß Rechtsanwalt Dr. Rozanski, um die Abnahme der nationalpolnischen Partei aufzuhalten, nie einen Festgottesdienst veranstaltete. Setzt

Die Ermordung des Herrn Pfarrers Marx und der Herr Regierungspräsident von Oppeln.

Im „Oberschlesischen Kurier" (Nr. 211 vom 14. 9.) kann man die nachstehende Bekanntmachung des Regierungspräsidenten von Oppeln lesen:

„Am 11. Mai dieses Jahres wurde Pfarrer Marx aus Alt-Rosenberg von unbekannten Männern entführt. Er wird seit dieser Zeit vermißt. 8000 Mark Belohnung sind für die Ermittelung der Täter ausgesetzt."

Man fragt sich unwillkürlich: Soll dies seitens des Herrn Regierungspräsidenten ein schlechter Scherz oder blutiger Hohn sein? Schlechter Scherz mit dem Rechtsgefühl und der Sehnsucht nach Gerechtigkeit in der gesamten oberschlesischen Bevölkerung; blutiger Hohn mit den Gefühlen der so schwer heimgesuchten Angehörigen von Pfarrer Marx? Jetzt nach **mehr als 4 Monaten** fühlt sich endlich der Herr Oberpräsident veranlaßt — vielleicht nicht einmal ganz freiwillig und aus eigenem Antrieb — Ermittelungen über den bestialischen Priestermord anzustellen. Und er hat bisher festgestellt: Pfarrer Marx ist am 11. Mai **von unbekannten Männern** entführt worden. Seine Ermordung ist also nur eine böse Erfindung der Polen! Die greise Mutter des Ermordeten, die in einem Briefe (cf. „Oberschlesischer Wegweiser" Nr. 66) den selbst erlebten Ueberfall auf das Alt-Rosenberger Pfarrhaus und die Wegschleppung des Pfarrers Marx durch deutsche Selbstschutzbanditen schildert und auch eine Reihe von beteiligten Verbrechern genau mit Namen nennt, hat wohl auch nur gelogen? Gelogen hat auch die Schwester des Pfarrers, die erst kürzlich durch ein Schreiben die „Schlesische Volkszeitung" (Nr. 416) zu der Berichtigung zwang, daß Pfarrer Marx durch den deutschen Selbstschutz weggeschleppt worden und hernach selbstverständlich nur durch diesen ermordet worden ist. Aber selbstredend interessieren derartige Angaben den Herrn Regierungspräsidenten nicht. Er will auch nichts davon wissen, daß nach Aussage der Klosteroberin von A. — den Ort können wir dem Präsidenten schon nennen, sollte er sich wider Erwarten doch dafür interessieren — der württembergische Selbstschutzleutnant Anton Eirlai — (die Schreibweise des Namens konnte nicht mit Bestimmtheit festgestellt werden) — sich selbst als Mörder verraten hat (cf. „Oberschlesischer Wegweiser" Nr. 112, „Oberschlesische Post" Nr. 181).

Für den Herrn Regierungspräsidenten sind aber die Täter „**unbekannte** Männer" und werden trotz der ausgesetzten Belohnung unbekannt bleiben. Die deutsche Presse, besonders die Zentrumspresse, wird das schöne Rätsel raten: „Wo ist Pfarrer Marx?" wieder von vorne anfangen. Und wir alle sind wieder um eine Erfahrung reicher, nämlich wie wunderbar **gerecht**, speziell gegen die Polen, die deutschen Gerichte und Behörden sind. Es ist ja schließlich auch keine so einfache Sache, sich zu einem so bestialischen Priestermorde zu bekennen, besonders wenn es nicht der einzige ist und wenn man in den Augen der zivilisierten Welt so gern als das unschuldsvolle Lämmlein dastehen und die Polen als den bösen Wolf hinstellen möchte.

Das Zentrum geht auf Raub aus!

Oppeln, 13. Sept. In einer Unterredung mit einem hiesigen bekannten Polenführer werden uns interessante Einzelheiten über die emsige Tätigkeit der Zentrumspartei im Landkreise Oppeln geschildert.

Wie bekannt, hat die deutschkatholische Volkspartei in der Stadt selbst eine große Anhängerschaft zu verzeichnen, auf dem Lande indessen sind höchstens 5000 einheimische Katholiken mit ihren Sympathien auf Seiten dieses modernen Kreuzrittertums. Die Zahl der polnischen Katholiken des Kreises beträgt gegen 24 000, die alle einen scharfen Strich zwischen sich und dem deutschnationalgesinnten Zentrum gemacht haben. Die deutschen Katholiken scheuten sich nicht, den blutigen Terror der Orgeschbanden, unter welchem die ländliche Bevölkerung seit Monaten leidet, beifällig zu unterstützen und ihre Glaubensbrüder polnischer Gesinnung in jeder Hinsicht zu knebeln. Sie haben kein Wort des Mitleids, kein Erbarmen für die unschuldig gemordeten 40 katholischen Polen in der Oppelner Gegend übrig gehabt. Im Gegenteil, Die gesamte Stadtbevölkerung, protestantischen wie katholischen Bekenntnisses, empfand über die Niedermetzelung harmloser polnischer Bauern eine infernalische Freude und beteiligte sich an den Mißhandlungen des gequälten Landvolkes aus vollster Ueberzeugung. Katholiken waren es, welche die polnischgesinnten Geistlichen Dr. Jelitto, Pfarrer Gaida u. a. überfielen und schwer mißhandelten. Dies zeugt von einer großen Verkommenheit der deutschkatholischen Moral, die wir auch in anderen Ortschaften angetroffen haben (Pfarrer Marx usw.).

Das durch den ungeheuren deutschen Terror eingeschüchterte polnisch-katholische Landvolk des Kreises Oppeln versucht die Zentrumspartei jetzt für sich zu gewinnen und nähert sich den Dorfleuten mit scheinheiliger Miene, das soll bedeuten: während des Aufstandes kamen die deutsch-katholischen Sendlinge mit Gummiknüppeln und jetzt nähern sie sich mit salbungsvollen Worten der Versöhnung. Ueberall aber erzählen sie von „polnischen Gewalttaten", sind erstaunlicherweise aber nicht imstande, uns von Polen ermordete Deutsche zu nennen. Sie verschweigen auch die Wahrheit über den Martyrertod so vieler polnischer Einwohner. Jetzt, da sie die geflüchteten polnischen Führer und Verbandssekretäre nicht zu fürchten haben, versuchen sie, die katholische Landbevölkerung, die den deutschen Terror gesehen hat und vor der vielgerühmten deutschen Kultur Abscheu empfindet für sich zu gewinnen. Eine umfangreiche Agitation hat eingesetzt, scheint aber nicht den gewünschten Erfolg gebracht zu haben.

Herr Schubert, der Sekretär der deutsch-katholischen Volkspartei, welcher sich schon vor der Abstimmung überall in den Dörfern blamiert hat und vom Volke schroff abgelehnt wurde, ist jetzt ständig wieder unterwegs. Als Wanderredner arbeiten im Kreise auch der Landgerichtsrat Dr. Hertel und der Volksschullehrer Talar aus Oppeln. Man versucht, den Polen in Abwesenheit ihrer Organisatoren das Feld zu rauben und will bereits 46 Ortsgruppen gegründet haben. Die Beteiligung an den Versammlungen zwecks Gründung von Zentrumswahlvereinen ist aber sehr kläglich und läßt sich nicht vergleichen mit dem Massenbesuch bei polnischen Veranstaltungen. In Falkowitz nahmen neulich ungefähr 200 Personen teil, obgleich das Dorf bedeutend größer ist und die ganze Umgebung noch hätte kommen können. Im Nachbarort Liebenau ist die Leiche des ermordeten Polen Kolodziej (ein frommkatholischer Mann polnischer Gesinnung), der s. Zt. durch den Deutschkatholiken Rochus Rettig meuchlings niedergeschossen wurde, noch nicht kalt geworden und schon beeilen sich die Zentrumsleute, einen Agitationsfeldzug zu eröffnen. Herr Schubert wird sich bei der polnischen Einwohnerschaft keine neuen Lorbeerblätter holen, da das Volk eingesehen hat, wie schmählich es im nationalen Streite vom Zentrum behandelt worden ist. Die Bauern werden nie vergessen, daß sich deutsche Katholiken nicht schämten, die furchtbarsten Gewaltakte auszuführen und sich an der unschuldigen Einwohnerschaft zu rächen für die im Kampfe mit den Insurgenten gefallenen Selbstschutzbanditen. Was könnte das Zentrum den polnischen Katholiken überhaupt für Vorteile bieten? Nichts! Lediglich eine rasche Germanisierung des polnischsprechenden Volkes steht durch den Breslauer Bischofsstuhl bevor. Die polnische Sprache soll dem Volke geraubt werden. Das ersieht man schon vielfach aus der Entfernung des polnischen Kirchengesanges, aus der Verdrängung der polnischen Andachten und Gebete zugunsten des deutschen Gottesdienstes. Wenn erst der polnische Katholizismus durch das Zentrum erstickt sein würde, öffnet sich im protestantischen Deutschland auch den Deutschkatholiken das Grab. . . .

Unverschämte Forderungen Litauens.

Genf, 14. Sept. Auf den von Hymans-Belgien am 3. September vorgeschlagenen Einigungsentwurf zwischen Polen und Litauen erwiderte die litauische Regierung folgendes: Sie will den Plan in großen Zügen annehmen unter Vorbehalt nachfolgender Aenderungen:

1. Litauen verlangt westlich der Curzon-Linie Pinsk, Seinny und Grodno. (!)
2. Die Grenzlinie zwischen dem autonomen Kanton Wilno und dem übrigen litauischen Gebiet soll der Gemarkungslinie des Marschalls Foch zehn Kilometer westlich der Eisenbahnlinie Wilno—Dünaburg folgen.
3. Litauen ist bereit, im Gebiet von Wilno eine autonome Verwaltung anzuerkennen, ohne ihm jedoch so weitgehende Rechte einzuräumen, wie sie der schweizerische Kanton besitzt. Litauen behält vollkommen seine Befugnisse mit Bezug auf Sprache, Unterricht und religiöse Angelegenheiten.
4. Litauen fordert die Regelung des Heereswesens auf Grund eines gemeinsamen Militärgesetzes.
5. Die litauische Sprache ist die alleinige Amtssprache.
6. Litauen stimmt der Schaffung eines gemeinsamen Staatssekretariats des Aeußern zu.

Die polnische Regierung erinnert ihrerseits daran, daß sie die Resolution des Völkerbundsrates vom 28. Juni angenommen habe. Sie ist bereit, die Verhandlungen ohne Aufschub auf dieser Grundlage aufzunehmen, falls die litauische Regierung keine Schwierigkeiten mehr macht. Verhandlungen auf der Grundlage der obigen litauischen Forderungen sind natürlich ausgeschlossen.

Der Vorschlag Hymans abgelehnt.

Genf, 16. Sept. Die polnische Delegation hat einen Vermittelungsantrag in der Wilnaer Frage, der ein Bündnis zwischen Polen und Litauen vorsah, abgelehnt.

Polnische Torpedoboote.

Danzig, 16. Sept. Im Danziger Hafen sind drei für Polen bestimmte Torpedoboote eingetroffen. Die Schiffe stammen aus England.

Die Verhandlungen zwischen England und Irland.

London, 15. Sept. Der Dail Eireann ist gestern in Dublin zusammen getreten. Die vorgeschlagene Antwort an Lloyd George werde gutgeheißen. Darauf wurde die Abordnung für die vorgeschlagene Konferenz ernannt. Außer Arthur Griffiths, der zum Vorsitzenden ernannt wurde, gehören Collins, der Führer des republikanischen Heeres, und vier weitere Mitglieder des Sinnfeiner-Parlaments der Abordnung an. De Valera wird an der Konferenz nicht teilnehmen.

Belgien und die Abrüstungskonferenz.

Brüssel, 15. Sept. Weder der Ministerpräsident noch der Minister des Auswärtigen, Jaspar, werden an der Washingtoner Abrüstungskonferenz teilnehmen, da sie wegen der Wahlen und des belgisch-luxemburgischen Bündnisses nicht abkömmlich sind. Dem Delegierten, der nicht zur Regierung gehört, werden zwei Direktoren der Bank Societe Generale für Finanzen, und der in Amerika befindliche belgische General Jaques für die militärischen Angelegenheiten zur Seite stehen.

Die Strafmaßnahmen für Vertragsbrüchige.

Genf, 15. Sept. Die Kommission für Blockade und Entwaffnung des Völkerbundes beschloß gestern — entsprechend einem Antrag ihrer Unterkommission — daß ein Vertragsbruch eines Mitgliedsstaates nicht ohne weiteres zum Kriegszustande mit dem vertragsbrüchigen Staate führt, sondern den Mitgliedern des Völkerbundes nur das Recht gibt, den Kriegszustand gegenüber dem fehlbaren Staate zu erklären.

Ein Handelsvertrag zwischen Frankreich und Litauen.

Genf, 14. Sept. Zwischen Frankreich und Litauen sind Verhandlungen zwecks Abschlusses eines Handelsvertrages angeknüpft worden.

Die Sanktionen noch nicht aufgehoben.

Köln, 14. Sept. Nach einer Information des Vereins der Industriellen für den Regierungsbezirk Köln ist mit der Fortdauer der Sanktionen mindestens noch für mehrere Wochen zu rechnen, bis die Verhandlungen mit dem Ueberwachungsausschuß zu einem Ergebnis geführt haben.

Berlin, 15. Sept. Die rheinische Zollgrenze, ein Teil der wirtschaftlichen Sanktionen, ist, wie die französischen Blätter vorausgesagt haben, heute nicht aufgehoben worden. Das „Journal" schreibt heute, das sei der Fall, weil die Wünsche der Alliierten von Deutschland abgelehnt worden seien.

Kriegsfeiern in Italien.

Mailand, 16. Sept. In allen Städten des Königreiches wird die Erinnerung an den glücklichen Kriegsausgang festlich begangen. Die Häuser sind beflaggt. Die Lokale halten zum Teil geschlossen. In den Kirchen werden Dankgottesdienste gefeiert.

Mobilisierung in Rumänien?

Wien, 16. Sept. Nach einer Budapester Meldung des „Neuen Wiener Tageblatts" berichtet eine aus Klausenburg eingetroffene Meldung, daß die rumänische Regierung die allgemeine Mobilisierung angeordnet und sämtliche Reserven einberufen habe. Diese Nachricht erregt in Budapest großes Aufsehen. Der Einberufungsbefehl wurde jedoch nur den früheren rumänischen Soldaten zugestellt, während die früheren ungarischen Soldaten nicht konscibiert wurden. Man sei in ganz Siebenbürgen ahnungslos, weshalb diese Mobilisierung erfolgt sei.

Eine neue Republik in Zentral-Amerika.

Paris, 14. Sept. Ein Radiotelegramm aus Newyork meldet, daß die Akte, nach der Guatemala, Honduras und St. Salvador eine neue förderative Republik Zentralamerikas gebildet haben, am 10. September in St. Salvador unterzeichnet worden ist.

Eine kräftige Ohrfeige.

Wien, 14. Sept. In Bruck an der Leitha hat sich ein bedauerlicher Zwischenfall zugetragen. Ein Soldat versetzte einem Hauptmann namens Goldgruber, der ihm einen Befehl erteilte, eine solche Ohrfeige, daß der Offizier zu Boden fiel. Der Vorfall hat großes Aufsehen erregt. Das Heeresministerium hat eine Kommission nach Bruck entsandt, um den Zwischenfall zu untersuchen. Nach einer Blättermeldung soll eine offene Meuterei bei einem Bataillon des 1. Regiments ausgebrochen sein.

Zeitungspreiserhöhung in Deutschland.

Berlin, 15. Sept. Die Vereinigung großstädtischer Zeitungsverleger kündigt eine neue Erhöhung der Abonnementspreise für die Zeitungen ab 1. Oktober an.

Die Forderungen der Angestellten-Organisationen.

Beuthen, 15. Sept. Die heutigen Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß in Gleiwitz betreffend die Forderung der Angestellten-Organisationen auf Bewilligung einer einmaligen Wirtschaftsbeihilfe an die Angestellten der Großindustrie für die Monate Mai und Juni führten zu dem Ergebnis, daß die Anträge abgelehnt wurden. Im Anschluß daran fanden Verhandlungen zwischen den Vertretern des Arbeitgeberverbandes und den Angestellten-Organisationen über die neuen Gehaltsforderungen der Angestellten statt. Die Angebote der Arbeitgeber gingen dahin, daß das Frauengeld von jährlich 1500 Mark auf 2000 Mark und das Kindergeld von jährlich 980 Mark auf jährlich 1440 Mark zu erhöhen sei. Außerdem sollte auf sämtliche Grundgehälter ein Zuschlag von etwa 15 Proz. gewährt werden. Die Angestellten-Organisationen haben zu diesem Angebote noch keine definitive Stellung annehmen zu können geglaubt. Die paritätischen Verhandlungen wurden daher auf Montag, den 19. September vertagt.

Die Freunde des Massenmörders.

Die „Welt am Montag" (Nr. 37 v. 12. 9.) schreibt:

Als der erschossene Talaat Pascha beerdigt wurde, widmeten ihm allerlei Personen, die in der heutigen deutschen Politik eine gewisse Rolle spielen, ehrende Nachrufe. Der alte „Verbündete" wurde gefeiert! Dabei gibt es kaum etwas für jeden anständigen Deutschen Bedrückenderes, als daß dieser Massenmörder all die Kriegsjahre hindurch der Schützling der deutschen Regierung gewesen ist. Wer sich über die wirklichen Qualitäten Talaat Paschas informieren will, tut gut, sich den „Orient", die kleine Zeitschrift unseres besten Armenierkenners Lepsius, anzusehen. Da werden die Erlasse wiedergegeben, die Talaat in Sachen der Armenier selbst unterzeichnet hat. Wir beschränken uns darauf, das Telegramm abzudrucken, das

am 15. September 1915 an die Präfektur von Aleppo gerichtet wurde. Es lautet:

„Es ist heute bereits mitgeteilt worden, daß die Regierung auf Befehl des Djemiet (Jungtürkisches Komitee für Einheit und Fortschritt) beschlossen hat, alle Armenier, die in der Türkei wohnen, gänzlich auszurotten. Diejenigen, die sich diesem Befehl und diesem Beschluß widersetzen, verlieren ihre Staatsangehörigkeit. Ohne Rücksicht auf Frauen, Kinder und Kranke, so tragisch die Mittel der Ausrottung auch sein mögen, ist, ohne auf die Gefühle des Gewissens zu hören, ihrem Dasein ein Ende zu machen.

Minister des Innern: Talaat."

Und Deutschland unterstützte diese Morde und gab sein Geld hierzu. Konnte da die Strafe Gottes ausbleiben?

Die Vorgänge in Speyer.

Die „Freiheit" meldet aus Mannheim: „Am Mittwoch der vorigen Woche demonstrierte in Speyer die Arbeiterschaft gegen die Treibereien der Monarchisten. Im Anschluß an die Demonstration drangen einige Personen in das Regierungsgebäude ein und warfen die Bilder und Büsten der Monarchen aus dem Fenster. Die Staatsanwaltschaft ordnete die Verhaftung von fünf Arbeitern an und brachte sie im Automobil nach Frankenthal. Darauf bemächtigte sich der Speyerer Arbeiterschaft eine gewaltige Erregung. Sie zog vor das Regierungsgebäude und zwang den Regierungspräsidenten, den Bürgermeister und den Polizeiinspektor, mit den Vertretern der Arbeiterorganisationen zu verhandeln. Gefordert wurde die sofortige Freilassung der Verhafteten. Der Regierungspräsident erklärte, dazu keine Vollmacht zu haben, die Verhaftung sei von der Staatsanwaltschaft Frankenthal ausgegangen. Im Verlaufe der Verhandlungen wurden von bürgerlicher Seite lange Reden gehalten, die auf eine Verschleppung der Angelegenheit abzielten. Die Arbeiterschaft wurde unruhig, drang in den Verhandlungssaal und verlangte, das Ergebnis zu wissen. Der Regierungspräsident erklärte in provozierender Form, er lasse sich durch den „Druck der Straße" keine Maßnahmen abzwingen. Die Arbeiterschaft stellte jetzt das Ultimatum: sofortige Freilassung der Verhafteten, oder der Regierungspräsident bleibt gefangen. Als man sich beinahe geeinigt hatte, gaben die das Gebäude besetzt haltenden Gendarmen und Schutzleute ohne jede Veranlassung auf die längst wieder ruhig gewordene Arbeiterschaft etwa 24 bis 30 Schüsse ab. Es wurden mehrere Arbeiter schwer verletzt. Ein Mitglied der Arbeiter-Samariterkolonne wurde bei dem Verbinden eines Verletzten von hinten durch den Rücken geschossen. Als er aufstand, erhielt er noch einen Schuß ins Gesicht. Ein anderer Arbeiter hatte einen Schuß in den Rücken, flüchtete eine Treppe hinauf, verfolgt von einem Gendarmeriewachtmeister, der fortwährend feuerte. Der Flüchtling flüchtete weiter, brach den Arm und verletzte sich schwer am Bein. Ein anderer Arbeiter, der einen Verwundeten bergen wollte, wurde von einem Schutzmann erschossen. Auf der Straße schoß die Polizei weiter. Aus dem Polizeigebäude wurden Stinkbomben unter die Menge geworfen. Eine derselben warf ein Arbeiter zurück. Diesen Vorgang wandelt das Wolffbüro in die Behauptung um, die Arbeiter hätten mit Handgranaten geworfen. Die Arbeiterführer forderten nun vom Polizeipräsidenten, er solle befehlen, daß sich die Gendarmerie zurückzieht und der Schießerei ein Ende gemacht wird. Dieser erklärte, das könne er nicht, da seine persönliche Sicherheit gefährdet sei. Daraufhin drängten die Arbeiter auf eigene Faust die Polizeitruppen in ihre Gebäude und ließen sie nicht heraus. Es wurde dann noch aus einer Hinterpforte auf die Arbeiterschaft geschossen. Die französische Besatzungsbehörde sorgte schließlich dafür, daß die Menge in aller Ruhe auseinanderging und übernahm selbst die polizeiliche Gewalt." . .

Die „Münchener Neuesten Nachrichten" behaupten hierzu, daß „die Lage in der Pfalz dadurch erschwert werde, daß die radikalen Elemente, in ständiger Fühlung mit der französischen Besatzungsbehörde stehen. Die Lage sei für die Pfalz heute gefährlicher als in den Junitagen 1919".

Die „Freiheit" vom 10. d. Mts. bekämpft diese Auffassung und meint, daß „es sich in Speyer keineswegs um Kommunisten, sondern einfach um Arbeiter, die für die Entfernung der Monarchistenbilder und gegen die Reaktion in Bayern demonstrierten, handelt. Die Bemerkungen, daß die radikalen Elemente in ständiger Fühlung mit den französischen Besatzungsbehörden ständen, ist nichts weiter als eine elende Denunziation. Wer waren denn die Herrschaften, die in den Junitagen 1919 unter Führung des Herrn Haas in Landau die freie Pfalzrepublik aus der Taufe heben wollten? Waren das Arbeiter? Das waren honette Bürger!" —

Der Zusammenstoß zwischen Arbeitern und Deutschnationalen in der Pfalz dürfte nicht ohne Folgen für die im Rheinlande bleiben. Die Franzosen verhalten sich in diesem Konflikt streng neutral. Gegen die Entfernung der Speyerer Polizei durch die Franzosen protestiert man in Berlin natürlich sofort und will sogar eine Note an Frankreich richten. Mögen die Deutschen in ihrem reaktionären Beamtentum endlich ein großes Reinemachen veranstalten.

Wer gegnerische Zeitungen unterstützt, gleicht einem Vogel, der sein eigenes Nest beschmutzt.

Die Verstümmelung von Selbstschutzlerleichen durch die Deutschen!

Die deutsche Propaganda gibt sich die größte Mühe, den Polen eine Anzahl von Gewalttaten nachweisen zu können. Im Verlage von Hermann Paetel, Berlin erschien dieser Tage ein deutsches Weißbuch, welches polnische Terrorakte aufzählt. Es ist klar, daß sich in der Hitze des Kampfes hier und da eine Gewalttat nicht vermeiden läßt und daß natürlich unschuldige Leute den politischen Wirren zum Opfer fallen können. Die Deutschen werden aber nicht in der Lage sein, eine Liste von so und so vielen Ermordeten veröffentlichen zu können, wie es polnischerseits bereits geschehen ist. Sind etwa auf deutscher Seite auch 400 Menschen, die am Aufstande nicht teilgenommen haben, durch die Polen niedergemacht worden? (Vielleicht noch nicht einmal 10 Deutsche!) Die Photographien zeigen mißhandelte Deutsche, es ist aber sofort und leicht festzustellen, daß Jodübermalungen stattgefunden haben. Die ganze Propaganda beruht auf dem altbekannten deutschen Schwindel. Natürlich sind in den Kämpfen gräßliche Verwundungen vorgekommen. Wir kennen die Wucht der Querschläger schon aus dem Weltkriege und die Kugeln der Polen sind gewiß nicht von Pappe gewesen. Die Bilder der verstümmelten Selbstschutzler beweisen aber noch lange nicht, daß diese Roheiten von den Polen begangen worden sind. Vielmehr ist man heutigen Tags bereits davon überzeugt, daß die Deutschen die Leichen ihrer Gefallenen in vielen Fällen selbst verstümmelt haben, um hiermit Reklame zu treiben. Es stand doch dem Deutschen frei, sich jedesmal nach einem Gefecht gleich an die J. K. zu wenden, wenn solche Leichen gefunden wurden. Außerdem müßte doch die Bevölkerung in den Dörfern solche Verstümmelungen bezeugen können. Man hat aber deutscherseits die Gefallenen nachts aufgelesen, verschiedene ihrer Gliedmaßen verstümmeln lassen und am Morgen die zweifelhaften Leichen nach den Städten gebracht, um sie hier gegen Eintrittsgelder in den Leichenhallen zur Schau des Publikums auszustellen. Photographien wurden angefertigt und es fanden sich sogar einige Entente-Offiziere, die sich neben den Särgen stehend abnehmen ließen. So wurden in Oppeln deutsche Leichen von Zembowitz gezeigt und den Besuchern die fürchterlichsten Schauermärchen über die polnischen „Banden" verzapft. Gerade bei Zembowitz haben die Deutschen mehrere Einwohner, darunter Greise, Frauen und Kinder in bestialischer Weise abgeschlachtet. Davon erzählen sie aber nichts. Ein Fall von böswilliger Verleumdung ist uns noch bekannt, als in der deutschen Presse behauptet wurde, daß die Breslauer Studenten Hans Lustig und Helmut Wolf, die verwundet in polnische Gefangenschaft geraten sein sollten, bei Guttentag von den Insurgenten ermordet worden wären. Der Student Wolf fiel im polnischen Maschinengewehrfeuer, Lustig aber kam als Verwundeter ins Lazarett Lublinitz, wo er seiner schweren Schußverletzung Tags darauf erlag. Was sagen die Deutschen aber zu der Ermordung der 31 Mikultschützer Aufständischen, die am 31. Mai bei Gogolin unverletzt in deutsche Gefangenschaft gerieten und auf schreckliche Weise hingemordet wurden? Tat von Strzebinow, wo 27 unschuldige polnische Einwohner erschlagen worden sind, ist noch nicht gesühnt! Aus der Mikoska wurden 27 Insurgenten niedergemacht, außerdem seit dem Ende des Aufstandes durch die Orgesch noch die obenerwähnten 400 Personen in den westlichen Kreisen Oberschlesiens. Das sind Hekatomben polnischer Märtyrer. Und da wagen die Deutschen noch Weißbücher herauszugeben über die wenigen Fälle von ermordeten Deutschen! In dem Weißbuche sind natürlich sämtliche Taten der Polen verzeichnet. Wenn ein Pole einen Deutschen nur schief angeguckt hatte, so war das eben polnischer Terror! Wenn ein in polnische Gefangenschaft geratener deutscher Stoßtruppler nur einige Hiebe erhalten hatte, so war das auch wieder polnischer Terror! Wenn aber Hunderte von unschuldigen polnischen Einwohnern durch deutsche Banden niedergemordet wurden, so war das eine Segnung der deutschen Kultur, für die sich die Polen natürlich noch zu bedanken hatten. Vielleicht geht jetzt den Deutschen endlich einmal ein Licht auf, wer Terror ausgeübt hat. Wenn der Pole es wagen würde, nach jahrelanger Unterdrückung durch die Preußen sich zu empören, so bedeutet dies im Urteile der preußischen Regierung eine Vergewaltigung der (eingewanderten) deutschen Kultur! Wie man in den Wald hineinruft, so schallt es heraus! —

Die alldeutsche Charakterlosigkeit.

Von altersher stehen bei den gesitteten Menschen solche mit einem festen, ehrenhaften Charakter hoch in Ehren und die Geschichte verherrlicht oft Männer und Frauen gerade wegen ihres rühmlichen Charakters und stellt diese der Nachwelt als leuchtende Beispiele hin. Und auch mit Recht. Steht doch eine Person mit festem guten Charakter bei jedem ehrlichen Menschen in Ansehen und charakterlose Leute werden mit der verdienten Verachtung besehen. Charakterlosigkeit könnte man als eine Art geistige Degeneration oder auch eine Degeneration des Herzens nennen. Eine große Charakterlosigkeit tragen zur Zeit die Alldeutschen zur Schau und zwar in ihrer Stellungnahme zu den Italienern und Engländern. Nicht genug konnte man in früheren Jahren den offenen ehrlichen Feind als den bevorzugteren bezeichnen und man prägte das Sprichwort: „Gott schütze mich vor meinen Freunden! Mit meinen Feinden werde ich selber fertig." Wie sagte doch Wilhelm der Ausreißer zu Beginn des Krieges, als er sich von seinen englischen Vettern, die auch seine Niederlage hauptsächlich besiegelten, betrogen sah? Er sagte bekanntlich: „Lieber reiche ich einem Franzosen die Hand als einem Engländer!" Warum entstand denn nicht im deutschen Volk der Gruß: „Gott strafe Frankreich", sondern „Gott strafe England?" Warum hat denn während des ganzen Krieges das ganze deutsche Volk gesagt und zuletzt schon die Spatzen von den Dächern gepfiffen, England sei ein Krämervolk? Woher nun diese Wendung? Weil jetzt die deutsche Krämerseele bezüglich Oberschlesiens zum Vorschein kommt. Sobald die oberschlesische Angelegenheit erledigt ist, wird auch die heute erkünstelte Englandfreundlichkeit aufhören und England wird wahrscheinlich sehr enttäuscht werden über die „undankbaren" Deutschen. Würde Deutschland charakterfeste Männer haben, so würden diese auftreten und sagen: „Frankreich ist unser offener ehrlicher Feind, sein Land wurde durch uns verwüstet, seine Forderungen sind berechtigt; England dagegen hat nicht das gelitten was Frankreich und hat als Genugtuung in den deutschen Kolonien und in der Kriegs- und Handelsflotte, welch letzterer Verlust uns besonders hart trifft, schon seine Entschädigung."

Aber solche Gedanken werden verscheucht. Man wagt sich nicht mit der Ehrlichkeit hervor, sondern weidet sich am Haß gegen Frankreich und dessen polnischen Bundesgenossen.

Und erst das Verhältnis zu den Italienern? Zum Lachen ist es für den Dritten, der die Vergangenheit kennt. Wie hat man doch die Italiener angefeindet!

Das ist deutscher Charakter! Um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen, sei gleich gesagt, daß nicht etwa der Feindschaft gegen England und Italien das Wort gesprochen werden soll, nein, Friede und Versöhnlichkeit sollen Platz greifen, aber dann auch erst recht zu dem ehrlichen Feind und zu Jedermann und dann mit entsprechender Würde, nicht aber in Form dieser widerlichen Kriecherei. Die jetzige Charakterlosigkeit der Deutschen bringt ihnen wahrlich kein Ansehen und keine Achtung vor der Welt ein. Jeder charakterfeste Mensch wendet sich mit Abscheu ab von diesem Schauspiel. England und Italien glauben an eine aufrichtige Versöhnung mit ihren deutschen Feinden, sie kennen aber den Charakter derselben nicht und werden sich einmal sehr enttäuscht sehen.

Das Bandenunwesen in Oberschlesien.

In der „Volksstimme" lesen wir:

„Nächtliche Schießereien. Im Kreise Gleiwitz kam es in der Sonnabendnacht wieder zu Schießereien. So wurden nach 9 Uhr abends das Dorf Czermionka heftig beschossen. Obwohl die dortige Gemeindewache sofort die Ermittelung nach den Tätern anstellte, blieben diese ohne Erfolg. — In der Nähe des Forsthauses Dombrowa bemerkte die Nachtpatrouille der G.-W. Alt-Gleiwitz eine bewaffnete Bande, welche anscheinend das Forsthaus plündern wollte. Die Banditen, die das Herannahen der G.-W. Streife bemerkt hatten, eröffneten auf die Beamten ein Feuer. Von den Kugeln wurde keiner der Beamten verletzt. Da in der Nähe der Wald gelegen ist, konnte die Bande trotz sofort aufgenommener Verfolgung und Absuchung des Waldteiles durch die Gemeindewache von Alt-Gleiwitz spurlos entkommen."

Wenn man sich erinnert, wie s. Zt., als der Grenzschutz und die Reichswehr hier weilten, die auffallend vielen Pferde- und Viehdiebstähle vorkamen, so kann man wohl leicht erraten, wer sich aus langer Weile den in dem Artikel beschriebenen Zeitvertreib leistet. Schade, daß die Verbrecher entkamen. Möge man nur Oberschlesien von den faulenzenden Orgeschbrüdern säubern, dann werden sicherlich diese Banditenstreiche abnehmen. In Mittel- und Niederschlesien haben es ja diese Selbstschutzler genau so gemacht.

Eingesandt. *)

Von der preußischen Justiz!

Was liegt im öffentlichen Interesse?

Ich wurde am 2. August in Beuthen OS. auf der Bahnhofstraße von dem Bruder des Fabrikbesitzers Alexander Ordon, August Ordon, wegen meines Prozesses gegen Ordon beschimpft und zu Boden geschlagen, also körperlich mißhandelt. Auf den Strafantrag erhalte ich heute folgenden Bescheid:

Der Oberstaatsanwalt. Beuthen OS., den 3. Sept. 1921.
3 J. 927/21.

Auf Ihren Antrag vom 2. August 1921 gegen den Fabrikbesitzer Alexander Ordon und dessen Bruder August Ordon, beide aus Beuthen OS., wegen Beleidigung bezw. Mißhandlung gereicht Ihnen zum Bescheide, daß ich die öffentliche Klage nicht erheben werde, weil dies nicht im öffentlichen Interesse liegt. Ihr Recht, im Wege der Privatklage zu verfolgen, bleibt Ihnen unbenommen.

Im Auftrage
gez. von Langsdorff.

Demnach darf also Jemand auf der Straße in Beuthen ruhig niedergeschlagen werden. Ich hoffe und glaube, daß das ehrlich denkende oberschlesische Volk anderer Ansicht ist.

Zabrze, 11. September 1921.

Gustav v. Hütschler.

*) Für die unter dieser Rubrik erscheinenden Artikel übernimmt die Schriftleitung weder der Form noch des Inhalts wegen die Verantwortung.

Bunte Ecke.

Der Vorsichtige. Junger Herr: „Geehrtes Fräulein, ich möchte mir nicht gern ein Körbchen bei ihnen holen; gestatten Sie mir deshalb die höfliche Anfrage, ob Sie, wenn ich so frei sein würde, um ihre Hand anzuhalten, geneigt wären, mir eine zustimmende Antwort zu erteilen?"

* * *

Verblümt. Braut (eine Photogaphie zeigend): „Dies ist mein Vater; von ihm habe ich das schwarze Haar, den dunklen Teint und die braunen Augen!"

Bräutigam (angstvoll): „Sonst nichts?"

* * *

Verfängliche Frage. „Papachen, braucht die Mama wenn sie zum Wildhändler geht, auch eine Jagdkarte?"

* * *

Ein Kennerwort. Doktor: „Sie müssen eben zu ihrer Stärkung Rotwein trinken!"

Patient: „Rotwein?! Herr Doktor, nuten Sie mir das nicht zu — ich bin Weinhändler, ich weiß wie er gemacht wird."

* * *

Kinderweisheit. Schwester: „Ja, wozu braucht der Hase eigentlich die Löffel?"

Bruder: „Das ist doch ganz einfach, der ißt ja Gemüse."

* * *

Je nachdem. Onkel: „Wie viel Schulden hast du denn eigentlich, Oskar?"

Neffe: „Das kommt ganz d'rauf an, lieber Onkel — je nachdem du in Stimmung bist!"

* * *

Gedächtnisschwäche. „Was wollen Sie denn jetzt schon auf dem Bahnhof? Ihr Zug geht doch erst in zwei Stunden ab!"

„Ja, mir fällt immer erst auf dem Bahnhof ein, was ich alles vergessen habe, und da muß ich doch Zeit zum Zurückgehen haben."

* * *

Bestätigung. Arzt: „Haben Sie einen tiefen Schlaf?"
Patient: „Ja, Herr Doktor, [illegible]

An die ehemaligen Aufständischen der fünf Oppelner Insurgentenbataillone, der Feldartillerieabteilung „Zelazno", der beiden Oppelner Panzerzüge und der Husarenschwadron.

Zwischen den Vertretern des Obersten Polnischen Volksrates und des Deutschen Ausschusses haben Montags unter Vorsitz des englischen Obersten Williams Verhandlungen über die Frage der Rückführung der Flüchtlinge stattgefunden.

Es wird hierdurch allen Teilnehmern am Aufstande empfohlen, jetzt in die Heimat zurückzukehren. Leider muß aber, um der Wahrheit die Ehre zu geben, festgestellt werden, daß die Lage im Kreise Oppeln bei weitem noch nicht als gesichert angesehen werden kann, da:

1. der Terror deutscherseits noch nicht eingestellt worden ist. Erpressungen von Geldern und Nahrungsmitteln durch die heimattreuen Stoßtruppler werden täglich gemeldet. Das Versprechen, nach erfolgter Heimkehr nicht bedroht und mißhandelt zu werden, ist nur eine leere Phrase, da in Wirklichkeit die Uebergriffe fortgesetzt werden. In den letzten Wochen wurde der polnische Heimkehrer Jan Rocon aus Szczepanowitz überfallen, blutig mißhandelt und nach Deutschland verschleppt. Er sitzt heute noch im Breslauer Gefängnis und die Deutschen denken nicht daran, ihn freizugeben. Schwer mißhandelt wurden ferner noch bei ihrer Heimkehr, soweit schon bekannt ist:
   der polnische Apobeamte Pollok aus Grudschütz (in Groschowitz durch eine bayrische Bande überfallen),
   der Gastwirt Datko in Groschowitz,
   der Techniker Schmechta in Kgl. Neudorf,
   der Bauer Klack in Malino,
   die Landwirtssöhne Sojka, Firlus, Mientus und ein Hallersoldat in Goslawitz u. a.

2. Die deutsche Grenze ist weiterhin offen geblieben, sodaß die Orgeschbanden ungehindert passieren können. Besonders bedroht und heimgesucht sind die Dörfer: Poln. Neudorf, Bowalno, Chroszczina, Muchenitz, Wreske, Halbendorf, Domehko, Slawitz Birkowitz, Zelazno, Alt-Schalkowitz, Poppelau, Chroszczütz, Klein- und Groß-Döbern, Krogullno und Falkowitz. Die dortigen Posten sind nur vereinsamte Statisten der J. K., welche ihren Auftrag gewissenhaft markieren und den blühenden Schleichhandel „bewachen".

3. Es steht fest, daß für die Ergreifung der polnischen Insurgenten hohe Prämien ausgesetzt worden sind, so z. B. für das Einbringen (tot oder lebend) des Bauern Kania aus Alt-Schalkowitz 8000 Mark, des Johann Kubis aus gleichem Ort 4000 Mark usw. Der deutschgesinnte Bauer Wosch verfügt über riesige Geldsummen zwecks Auszahlung der Prämien.

NB. Daß die Lage im Kreise Oppeln sich nicht bessern kann, solange selbst die Priester nicht für die Versöhnung eintreten, ist ersichtlich. Nur ein einziger Pfarrer (Pf. Niestroj in Kgl. Neudorf) besaß den Mut und den Anstand, die Mißhandlungen polnischer Heimkehrer zu verurteilen. Ein anderer geistlicher geistlicher Herr, Pf. Materne in Alt-Schalkowitz, der einstmals seine Neutralität so eindringlich betonte, sympathisiert mit den plündernden Banden, fährt mit Protestanten im Auto auf die Jagd und stößt wacker beim heimattreuen Gastwirt Rochus Kulig auf das Wohl Oberschlesiens bei Deutschland an.

4. Unter der Apo in Stadt und Kreis Oppeln befindet sich nicht ein einziger polnischer Beamter. (Ein offener Hohn auf die Parität und Gleichberechtigung!) Der italienische Kommandeur der Abstimmungspolizei, Herr Major Pesenti, stellt leider keine Polnischgesinnten ein. Die deutsche Apo aber bietet keine Garantie für die Aufrechterhaltung der Ordnung und verfolgt sogar im Verein mit den Stoßtrupplern die heimkehrenden polnischen Flüchtlinge. So mußte der Apobeamte Theodor Macioseк von der Hundertschaft Kattowitz, der in sein Heimatsdorf Alt-Schalkowitz zur Beerdigung seines verstorbenen Vaters gekommen war, schleunigst flüchten, da er von der deutschen Polizei festgenommen werden sollte.

Viele heimgekehrte Polen haben inzwischen wieder fliehen müssen, da man ihnen deutscherseits Ultimatums stellte. Die größten Lumpen und Zuchthäusler spielen bei den Stoßtrupplern eine führende Rolle und laufen am hellen Tage bis an die Zähne bewaffnet in den Dörfern herum.

Während heimattreue Arbeiter aus dem Kreise Oppeln im Industriegebiet wieder ihre Arbeit aufgenommen haben und dort von den Polen nicht belästigt werden, ist es den polnischen Heimkehrern nur in seltenen Fällen möglich, zurückzukehren. Es wird nicht abgeleugnet, daß z. Zt. in einzelnen Dörfern bereits Ruhe herrscht. Wer aber bürgt dafür, daß die Polnischgesinnten von landfremdem Gesindel nicht plötzlich überfallen und verschleppt werden, wie es in den Westkreisen schon in vielen Orten geschah?

Die Orgesch beherrscht die Oppelner Gegend ungeniert weiter und läßt sich eben nicht mehr durch die Befehle der J. K. verjagen. Auf die Versöhnungsaktion pfeift die rohe Soldateska. Während der Deutsche Ausschuß im Industriebezirk den Polen gegenüber eine fromme Miene macht, wird hinter seinem Rücken vermutlich auf alldeutsche Einflüsse hin vom Selbstschutz gerade das Gegenteil gemacht. Die Polen aber sind gutmütig genug und vertrauen den deutschen Versprechungen.

Zu den interalliierten Truppen besitzt die Bevölkerung des Kreises Oppeln nur noch zum Teil Zutrauen.

Wer also in den Kreis Oppeln zurückzukehren gedenkt, unternimmt dies auf seine eigene Verantwortung, da die heutigen politischen Verhältnisse noch völlig ungesichert sind. Es fehlt vor allem eine stramme Durchführung der interalliierten Anordnungen, wie wir es von der J. K. unbedingt erwartet hätten.

Schließlich wird noch gegen die Einstellung von nur deutschgesinnter Apo schärfster Protest erhoben! Man will jetzt sogar die Gemeindewehren in den östlichen Kreisen auflösen, die Polen entfernen und hierfür — wie in Tarnowitz — Reichsdeutsche einsetzen.

Soweit sind wir in der „Aera der Freiheit und Gleichberechtigung", wie sie uns die J. K. bei ihrem Einzuge in Oberschlesien versprach, gekommen! Die Geschichte wird einst über die Komödie der Abstimmung und unsere trautige Zeit ein gerechteres Urteil fällen.

Vereinigung ehem. Aufständischer, Kreisgruppe Oppeln.
I. A.: Simon Koszyk,
ehem. I. Oppelner Insurgentenbataillon.

Ihr „heimatstreuen" Athleten, euern Lügen- und Verleumdungsfeldzug gegen das poln. Volk ruhig fort. Die Stunde der endgültigen Abrechnung wird schon kommen. Die poln. Presse müßte eigentlich als Antwort auf derartige Lügennachrichten stets ähnliche Nachrichten verbreiten. Aber wie gesagt: Wir Wilde sind bessere Menschen. . . .

— („Heimatstreue" Manöver.) Wir leben im Zeichen der polnisch-deutschen „Versöhnungs"politik, die, wie wir stets sagten, auf Kosten des polnischen Volkes gemacht wird. Die Zahl der Beweise, die wir angeführt, ist groß und wächst von Tag zu Tag. Das Eisenbahnbetriebsratsmitglied Johann Gonsior benutzt auch die Zeit der „Versöhnungs"politik, um die polnischgesinnten Eisenbahnbediensteten seines Ressorts aufzufordern, aus der Poln. Berufsvereinigung (Z. Z. P) in die deutschen Organisationen einzutreten. Falls die polnischgesinnten Bediensteten dies nicht täten, könnten sie nicht in den Genuß des neuen Besoldungsgesetzes kommen. Wir fragen die Interalliierte Kommission, ob sie eine derartige Behandlung der polnischgesinnten Bediensteten gestatten kann? Es ist unerhört, daß dieser Johann Gonsior gegen das poln. Volk in einer derart hinterhältigen Weise intrigiert. Aber wir leben ja im Zeichen der polnisch-deutschen „Versöhnungs"politik, die für alle „Heimatstreuen" nur zu dem Zwecke geschaffen ist, im Trüben fischen zu können. Wir ermahnen die polnischgesinnten Bediensteten, in ihrer alten, bewährten Poln. Berufsvereinigung zu bleiben, selbst wenn die Schikane wahrgemacht werden sollte, daß sie nicht in den Genuß des neuen Besoldungsgesetzes und der diesbezüglichen Nachzahlungen kämen. Das polnische Volk hat schon soviel Opfer gebracht und wird auch schließlich fünf Minuten vor Toresschluß ein Opfer bringen können. Diesem genannten „heimatstreuen" Gonsior scheint alles Polnische bis in die tiefsten Tiefen seines teutonischen Gefühls verhaßt zu sein. Brachte er es sogar gelegentlich einer Betriebsratssitzung einmal fertig, den Eisenbahnbediensteten Schymura zur Ordnung zu rufen, weil dieser polnisch sprach. Der Polenfresser Gonsior erläßt natürlich kraft seines Amtes auch allerlei Verlautbarungen. Aus einer solchen Verlautbarung mit der Ueberschrift: „An alle Eisenbahnbedienstete" entnehmen wir den charakteristischen Satz, daß die Bediensteten nicht einer klerikalen Vereinigung, sondern einer freigewerkschaftlichen Organisation sich anschließen sollen. Gezeichnet mit dem Wort: „gesehen" ist dieser Schmöker von einem gewissen Heiduk, auch eine bekannte „heimatstreue" Marke. Was meinen die Herren nun mit den klerikalen Vereinigungen? Meinen sie damit den Sonderklub des Herrn Ulitzka genannt Zentrumspartei? Vor diesem Sonderklub brauchen Gonsior und Genossen keine Angst zu haben, denn diese sind doch genau dasselbe, was die freigewerkschaftlichen Klubs sind. Ueber all diesen Vereinigungen steht doch der Schirm der deutschen Einheitsfront mit dem eingravierten Spruch: „Deutschland, Deutschland über alles!" — Interessant ist, daß dieser Gonsior auch Mitglied der neuen oberschlesischen Einheitspartei ist, die zum Präsidenten den Beuthener A. Stroka hat. Gonsior faßt zunächst seine Tätigkeit für diese oberschlesische Einheitspartei dahingehend auf, daß er Flugblätter dieses neuen Vereins verteilt. Wenn so ein Monsieur Gonsior Propaganda für die deutschen Einigkeitsparteien betreibt, dann wissen wir bestimmt, in welchen Fahrwassern diese oberschlesische Einigkeitspartei segelt. Wir haben also hier eine bestimmte Unterlage dafür, daß diese Stroka'sche Einigkeitspartei nichts anderes ist als eine deutsche Mache und daß die Angriffe der „heimatstreuen" Presse auf diese Einigkeitspartei nur Scheinangriffe sind. — „Heimatstreue" Manöver, „heimatstreue" Unehrlichkeit — wohin man auch sehen mag!

Knurow. Am Freitag voriger Woche hat der Maschinenarbeiter Soßna aus Knurow, ein raufluftiges, heimattreues Bürschchen, ohne jeden Grund den Tagearbeiter Alfred Dudlo niedergeschossen. D. ein ruhiger, fleißiger junger Mann, wurde schwer verletzt ins hiesige Knappschaftslazarett eingeliefert. Der Arzt stellte fest, daß die Kugel einige Zentimeter über dem Herzen stecken geblieben ist. Soßna wurde sofort verhaftet. Man sieht also wieder, wo Waffen zu suchen sind. Wiederholt sind anständige polnische Einwohner von Soßna bedroht worden, ohne daß dem Lümmel die Waffen abgenommen wurden.

An unsere Leser!

Unseren geschätzten Abonnenten bringen wir hiermit zur gefälligen Kenntnis, daß wir uns gezwungen sehen, den Bezugspreis zu erhöhen.

Die Zeitungen deutscher Richtung haben bereits während des laufenden Quartals eine Erhöhung vorgenommen und tragen sich mit dem Gedanken einer abermaligen Preiserhöhung für das kommende Vierteljahr. Zu diesem Schritt, sahen wir uns in erster Linie durch die hohen Papierpreise veranlaßt. Ferner durch die höheren Löhne unserer Angestellten, sowie die Verteuerung sämtlicher zur Verausgabe von Zeitungen benötigten Materialien.

Die Preiserhöhung ist verhältnismäßig so niedrig gegriffen, daß sie der Aufwärtsbewegung der Preise kaum das Gleichgewicht hält.

Wir bitten daher unsere geehrten Leser um weitere Unterstützung. Unsere Zeitung kostet fortab monatlich einschließlich der Zustellung in das Haus 6 Mark.

Das neue Quartal

beginnt in wenigen Tagen. **Schon jetzt** nehmen die Briefträger und unsere Austräger **Abonnements** auf die

„Oberschlesische Post"
und die
„Kath. Volkszeitung"

für das kommende Quartal entgegen.

Die kommenden Monate werden für das Schicksal Oberschlesiens

entscheidend

sein. Es ist daher erforderlich, dass jeder **schnell und zuverlässig** über die Vorgänge, die diese Entscheidung herbeiführen sollen, informiert wird. Diese Informationen vermitteln die

„Oberschlesische Post"
und die
„Kath. Volkszeitung"

in anerkannt bester Weise.

Unsere Blätter werden nach wie vor mutig für die Interessen der arbeitenden Bevölkerung in Oberschlesien eintreten und werden wie bisher dafür wirken, daß diese Bevölkerung von dem unerträglichen Joch des **alldeutschen Nationalismus und Kapitalismus** befreit und dass sie einer ungehemmten Entwickelung

auf eigener oberschl. Scholle

in Vereinigung mit der demokratischen

Volksrepublik Polen

entgegengeführt wird.

Treue

bewahrten wir dem oberschlesischen Volke während des schweren Kampfes der letzten Zeit,

treu

traten wir, trotz aller Anfechtungen seitens der volksfeindliche Ausbeuter Oberschlesiens für die Rechtes unseres Volkes ein, darum bewahre ein jeder auch seinerseits treue

seinem Verteidiger.

Selbst treu bleiben und andere zur Treue anhalten, vor allem auch

neue Abonnenten

zu werben, das sei die Losung für **alle Leser** der

„Oberschlesische Post"
und
„Kathol. Volkszeitung".

Gottesdienstordnung.

Pfarrkirche Peter-Paul Gleiwitz. Sonntag, 18. 9.: 6 Uhr hl. Messe mit Segen auf Int. der 53. Jungfrauenrose unter der Vorsteherin Anna Musiol. ¾8 Uhr Cant. auf Int. für ein Jahrkind Martha Przywara. ½9 Uhr deutsche Predigt. ½10 Uhr Cant. auf Int. der 21. und der 57. Jungfrauenrose unter der Vorsteherin Anna Bönisch und Martha Marzolko. ½11 Uhr poln. Predigt, darauf um ¼12 Uhr Hochamt zum gekreuzigten Heiland auf Int. Agnes Zielonka. 3 Uhr nachm. poln., 4 Uhr deutsche Segensandacht. 7 Uhr abends Begrüßung der poln. Prozession aus Piekar, Tedeum und hl. Segen.

Pfarrkirche Allerheiligen Gleiwitz. Sonntag, 18. 9.: 6 Uhr Rosenkranz-Cant. für die Mitglieder der 8. Männerrose unter dem Vorsteher Vinzent Marek. ¾7 Uhr poln. Amtspredigt. 8 Uhr Cant. mit hl. Segen zu Ehren der göttl. Vorsehung für das Jahrkind Franz Mengerek. ¾9 Uhr deutsche Amtspredigt. ½10 Uhr Hochamt, dabei Cant. mit hl. Segen zu Ehren der göttl. Vorsehung für das Brautpaar Josef Lonczek und Else Webs. 11 Uhr Kindergottesdienst mit deutscher Predigt, dabei hl. Messe mit Segen, ausg. für die Mitglieder der Petrus-Xaver-Sodalität. 2 Uhr nachm. Rosenkranz, darauf hl. Segen, Generalabsolution für den III. Orden. 4 Uhr nachm. deutsche Litanei und hl. Segen.

Pfarrkirche Petersdorf. Sonntag, 18. 9.: 6 Uhr hl. Messe für Parochianen, darauf poln. Predigt. ½9 Uhr deutsche Predigt, darauf hl. Messe auf Int. der Rosen Anna Tosch und Marie Poppel. ½11 Uhr poln. Predigt, darauf hl. Messe für † Karl Heinehmer und für alle † vom Backraum bis Unterwerk aus der Drahtindustrie. 2 Uhr nachm. deutsche, um 3 Uhr poln. Vespern. ¼7 Uhr abends Abholung der poln. Prozession aus Piekar vom Bahnhof.

Pfarrkirche St. Andreas Zabrze. Sonntag, 18. 9.: 5½ Uhr hl. Messe für † Sophie Hennek. 6 Uhr hl. Messe auf Int. der Familie Banasch. 6¾ Uhr im Kloster hl. Messe auf Int. der Familie Schega. 7½ Uhr Pfarrmesse. 8½ Uhr deutsche Predigt, darauf hl. Messe zum hl. Herzen Jesu auf Int. der Familie Musiol. 9 Uhr im Kloster Taubstummengottesdienst. 10½ Uhr poln. Predigt, darauf hl. Messe für lebende Rosenkranzmitglieder.

Druck von M. Kwiatkowski, Gleiwitz.

Nach bangen vier Monaten erhielten wir jetzt die traurige Bestätigung von dem furchtbaren Tode unserer lieben Angehörigen der Aufständischen

Jan Wilczek und Ludwig Militzek

vom Panzerzuge „Zygmunt Powstaniec".

Beide gerieten am 8. Mai d. Js. in Amalienhof bei Kreuzburg schwerverwundet in deutsche Gefangenschaft und wurden mit noch anderen sieben verwundeten und acht toten Kameraden durch die „Blaue Schar" lebendig begraben. Unser Schmerz um unsere auf so grausame Weise aus dem Leben geschiedenen Ernährer ist unfasslich!

Gern und freudig sind sie hinausgezogen, um für die Freiheit der oberschlesischen Heimat zu kämpfen. In der Blüte ihrer Jugend ereilte sie ein früher Tod durch die ruchlosen Gesellen deutscher Mörderbanden. Fern von den Lieben wurden sie auf diese barbarische Art im Felde verscharrt. So ist es uns nicht möglich, an ihren Gräbern zu stehen.

Kochlowitz, den 16. Septembet 1921.

In tiefem Weh

Wtw. Marie Wilczek, als Mutter.
Wtw. Annastasia Militzek, als Gattin, und Söhnchen Ludwig.

Suche zum 1. 1. 1922 im Kreise **Pless** oder **Rybnik** auf groß. Gute, wo Werkzeug vorh.,

Stellung als Schmiedemstr.

Gefl. Ang. erb.

P. Kolodziejczyk,
Gleiwitz, Barbarastr. 28, bei Pischzan.

Alte Zeitungen

Makulatur

zu haben in der Expedition der

„Oberschlesischen Post"
Gleiwitz, Niederwallstr. 6.

DARLEHEN

gewähren wir an Mitglieder unter günstigsten Bedingungen.

Sparguthaben werden nach Vereinbarung angenommen.

Bank Ludowy, Rybnik.

Bürostunden 8 bis 12 Uhr.

Wichtig für Flüchtlinge und Arbeiter.

Alle Flüchtlinge, die sich nicht in Konzentrationslagern befinden, werden gebeten, sich **sofort bei dem Beirat des Kreises zu melden,** in dem sie wohnen, unter Angabe des Namens, Alters, Berufs, Anzahl der Kinder und des gegenwärtigen Aufenthaltsorts.

Wir bitten weiterhin, daß **alle Arbeiter,** die nach dem Aufstande nicht zur Arbeit aufgenommen wurden, sich unverzüglich bei ihrem **Kreisbeirat melden.**

Der Paritätische Zentralausschuss.

Geschäftseröffnung.

Dem geehrten Publikum zeige ich hiermit ergebenst an, daß ich am 15. September d. Js. in

Rybnik, Ratiborerstr. 26 ein

Schuhgeschäft

eröffnet habe.

Ich werde die besten Schuhe am Lager halten und mich bemühen, durch reelle und pünktliche Bedienung das Vertrauen geschätzter Kunden zu erwerben. Daher bitte ich das Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen.

Franz Schypulla, Rybnik,
Schuhmachermstr.

Bank Przemysłowców

Filialen:
BEUTHEN, Dyngostrasse, Telefon Nr. 3047.
GLEIWITZ, Ring Nr. 16, Telefon Nr. 185.
KATTOWITZ, Post-Strasse 16, Telefon Nr. 563.
RATIBOR, Bahnhofsstrasse 6, Telefon Nr. 10.

-- Entgegennahme von --

Spar-Einlagen

bei hoher Verzinsung, entsprechend dem Kündigungs-Termin.

Erledigung sämtlicher Kreditgeschäfte, An- und Verkauf von Wertpapieren, Umwechslung fremder Geldsorten usw.

Kassenstunden von 8—1 Uhr. An Sonn- und Feiertagen geschlossen.

Staatliches Gymnasium, Rybnik.

Der Unterricht
wird am Donnerstag, den 22. d. M.
früh um 8 Uhr in der Aula der Volksschule I

eröffnet.

Münzer.

J. STEINITZ

Inhaber: J. Piechowski
GLEIWITZ, Bahnhofstrasse 2
Eisenwarenhandlung
empfiehlt zu annehmbaren Preisen:

Haus- und Küchengeräte, Werkzeuge für Schmiede und Schlosser, Tischler u. sämtliche Handwerker, Dachpappe, Teer, Nägel, Tür- und Fensterbeschläge, sämtliche Bau-Artikel en gros und en detail.

Josef Kandzia

Ruda O.-S., Kirchstraße 13

nimmt Abonnements für

«Oberschlesische Post»

und

«Sztandar Polski»

entgegen.

Drucksachen und Anzeigen
werden auch hier angenommen.

Mein in Ratibor befindliches

Hausgrundstück

mit 14 Wohnungen ist sofort **zu verkaufen** oder gegen eine Wirtschaft oder Wohnhaus im Kr. Rybnik, Pleß oder Kattowitz **zu tauschen.**

Offerten erbeten unt. K. K. 105 an die Geschäftsstelle der «Kath. Volkszeitung» in Rybnik.

Lederhandlung

E. Dombrowa, Gleiwitz,
Beuthenerstraße 10. :—: Beuthenerstraße 10.

Billigste Bezugsquelle für **Schuhmacherbedarfsartikel, Unterleder, Oberleder, Spalte, Kipse, - - - Gummiabsätze. - - -**

Hohe Rabatte für Wiederverkäufer.

FLASCHEN

gebrauchte aller Art kauft
Oberschl. Flaschengroßhandlung
Gleiwitz, Neudorferstr. 19, I Etg. r.
Rybnik, Weinhandlung Neuer Ring 8.
Hindenburg, Friedrich-Karlstr. 5
Kattowitz.

Wer solide und reell einkaufen will

in Bestecken, Nickelgeschirren, Gold- und Silberwaren, Tafel- u. Schmuckgegenständen, Uhren aller Art, Kristallsachen, Musikinstrumenten und optischen Gegenständen,

der wende sich an

Ludwig Lukaszczyk

Uhrmacher
Rybnik, Ring, früher Breitschädel und **Ratiborerstrasse 15.**

Für Brautleute

empfehle ich mein reichhaltiges Lager in

Möbeln, Spiegel- und Polsterwaren

Große Auswahl in kompl.

Schlafzimmereinrichtungen und Küchen

in verschiedenen Größen und Farben.
Solide Arbeit. Garantie. Prompte Lieferung. Nur gegen Barzahlung. Kein Kaufzwang.

Bitte, meine großen Möbellagerräume besichtigen zu wollen.

Anton Sollors, Tischlermstr.,
Rybnik O.-S., Neuer Ring 11.

Bei eintretenden Todesfällen bringe ich mein allgemein bekanntes

Beerdigungs-Institut

„Pietät",

das größte in Oberschlesien, in empfehlende Erinnerung.

Uebernahme kompl. Beerdigungen zu zivilen Preisen, Transportmittel Bahn und Achse.

Größtes Lager in verschiedenen

Eichen-, imitierten und Metallsärgen,

von der einfachsten bis zur elegantesten Ausführung.
Hochelegante Leichenwagen und reichhaltige Trauerzimmer-Ausdekorierung.

Tüchtige

Zeitungsverkäufer

für Gleiwitz, Kattowitz, Myslowitz, Königshütte, Zabrze, Tarnowitz, Schwientochlowitz, Bismarkhütte **gesucht.**

Zu melden in der **Geschäftsstelle der „Oberschles. Post"** Gleiwitz, Niederwallstr. 6.

Sämtl. Anzeigen

finden in

unserem Organ

durch seine hohe Abonnentenzahl die

weiteste Verbreitung.

Betriebsräume

in Rybnik,

mit Kontorräumen von ca. 150 bis 200 qm. evtl. mit Wohnung, für einen ruhigen Betrieb sofort

zu mieten gesucht.

Offerten an die Expedition der „Oberschlesischen Post" in Gleiwitz unter **K. 900.**

Zeitungsausträger u. Austrägerinnen

sowie Abonnentensammler

werden gegen hohe Vergütung sofort gesucht

Oberschlesische Post,
Gleiwitz, Niederwallstr. 6.

Inserate haben in unserer Zeitung den besten Erfolg.